



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

BMZ EVALUIERUNGSBERICHTE 045

# **Empowerment: Programme der kirchlichen Zentralstellen zur Beteiligung der Armen Synthesebericht**

Kurzfassung der Evaluierung



## Vorwort

Diese Studie ist das Ergebnis einer Serienevaluierung, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegeben und gemeinsam mit den kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe durchgeführt hat. Sie analysiert und bewertet Vorhaben, die zum Ziel des Aktionsprogramms 2015 „Beteiligung der Armen sichern – verantwortungsvolle Regierungsführung stärken“ beitragen sollen. Es wurden dabei vor allem Vorhaben evaluiert, die sich auf Fürsprache (*Advocacy*) für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen konzentrieren und deren Beteiligung beispielsweise an Dezentralisierungs-Prozessen sichern helfen und diese unterstützen. Die Serienevaluierung ging insbesondere den Fragen nach,

- welche Rahmenbedingungen und Reaktionen von staatlichen und traditionellen Entscheidungsträgern für die Organisationen der Armen und für Advocacy- und Beratungsorganisationen fördernd oder hemmend sind im Hinblick auf die Interessenvertretung der Armen;
- inwieweit es den Partnerorganisationen der kirchlichen Zentralstellen gelingt, die Mitsprache der Armen zu erhöhen und deren Gestaltungsräume zu erweitern;
- welche Rolle dabei Vernetzung, Allianz-bildung und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen spielen; und
- wie sich das Zusammenspiel zwischen den Armen, ihren Vertretern und den Advocacy-Organisationen gestaltet.

Die vorliegende Querschnittsauswertung wurde von **Oliver Karkoschka** durchgeführt und im Februar 2009 abgeschlossen. Die in dieser Studie vertretene Auffassung ist die Meinung des unabhängigen externen Gutachters, die nicht notwendigerweise der des BMZ entspricht. Am Ende dieser Kurzfassung findet sich eine Stellungnahme des BMZ.

Diese Kurzfassung und die Kurzfassungen aller Länderstudien der Serienevaluierung sind online verfügbar unter <http://www.bmz.de/de/service/infotehek/evaluierung/BMZEvaluierungsberichte/index.html>.

Die Langfassungen können beim BMZ-Referat „Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit; Außenrevision“ angefordert werden.

Dieser Bericht sollte wie folgt zitiert werden: Karkoschka, O. (2009): Empowerment: Programme der kirchlichen Zentralstellen zur Beteiligung der Armen. Synthesebericht der Serienevaluierung. *Evaluierungsberichte 045*. Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

*Referat „Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit; Außenrevision“  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

# Zusammenfassung

## 1. Hintergrund

Von 2002 bis 2008 führte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Zusammenarbeit mit der Evangelischen und der Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE bzw. KZE) eine Serienevaluierung durch. Unter dem Motto „Beteiligung der Armen sichern – verantwortungsvolle Regierungsführung stärken“ wurden insgesamt sieben Projekte der beiden Zentralstellen evaluiert:

- Institut für Entwicklung Bibosi, Bolivien, 2002;
- Rural Empowerment through Agrarian Asset Development (READ), Project Development Institute (PDI), Philippinen, 2003;
- Diocesan Development Programmes der Justice, Development and Peace Commission (JDPC) der Katholischen Diözese Ijebu-Ode, Nigeria, 2004;
- Fortbildungs-, Informations- und Lobbyarbeit zu Agrarreform und Entwicklung im ländlichen Raum der NRO Fundación TIERRA (FT), Bolivien, 2007;
- Rural Development Support Program (ASDP) der Organisation Kaisahan, Philippinen, 2007;
- Produktion und Sendung von Bildungsprogrammen durch Radio Maendeleo (RM), DR Kongo, 2008;
- Kirchliche Aktivitäten für wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklung, Demokratie und Dezentralisierung in der Provinz Katanga, Service d'appui au développe-

ment régional intégré (SADRI), DR Kongo, 2008.

Dabei sollte unter anderem herausgearbeitet werden, inwieweit durch eine Stärkung der Armen und ihrer Organisationen gesellschaftliche Prozesse zur Armutsbekämpfung auf den verschiedenen Ebenen (lokal, regional und national) „von unten“ unterstützt werden können. Der vorliegende Bericht stellt eine Synthese der dabei erarbeiteten Ergebnisse dar und präsentiert Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Hauptnutzer der Serienevaluierung sind das BMZ und die Zentralstellen, die Förderentscheidungen treffen, sowie die Partnerorganisationen, die für die Umsetzung der Programme vor Ort die Verantwortung tragen.

Alle Einzelevaluierungen untersuchten die jeweiligen Projekte anhand von sechs Leitfragen mithilfe eines partizipativen Ansatzes. Der Grad und die Breite der Beteiligung variierten jedoch. In allen Fällen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisation, Mittler, Zielgruppen und externe Experten in die Evaluierung einbezogen; sie nahmen aber unterschiedliche Funktionen ein. Alle Einzelevaluierungen nutzten qualitative Untersuchungsmethoden und eine Mischung aus semi-strukturierten und offenen Interviews mit den unterschiedlichen Beteiligten (Einzel- und Gruppeninterviews).

## 2. Wesentliche Feststellungen und Schlussfolgerungen

### Rahmenbedingungen

Stabile demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit erwiesen sich als wichtige Erfolgsfaktoren für die Durchführung von Empower-

ment-Projekten. Von Bedeutung ist aber auch, wie lange bereits Möglichkeiten der Mitwirkung bestehen und zivilgesellschaftliche Organisationen Erfahrung sammeln konnten. Einen Anknüpfungspunkt für Empowerment-Projekte bieten Gesetze, die die Möglichkeiten für die Bevölkerung festlegen, wie und in welchem Umfang sie sich an Entscheidungsmechanismen beteiligen können.

Allerdings besteht häufig eine **große Diskrepanz zwischen dem formellen Rahmen der Gesetze und deren tatsächlichen Anwendung**. Klientelismus und sehr beharrliche lokale Machtstrukturen von Eliten sind die wesentlichen Hemmnisse für Beteiligung. Die Macht lokaler Eliten wird kontrastiert durch die gefühlte oder reelle Machtlosigkeit der Armen, die kaum Zugang zu Informationen haben, so dass sie oft ohne eine spezifische Förderung weder ihre Rechte noch ihre Möglichkeiten kennen, diese einzufordern. Hoffungslosigkeit und mangelnde Aussicht auf Erfolg tragen ferner zu ihrer Passivität bei.

Bei den durchführenden Partnern der evaluierten Projekte gab es insbesondere zwei **Anlässe zur Gründung ihrer Organisationen**. Zum einen entwickelten sich einige als kirchliche Organisationen aufgrund einer ethisch-religiösen Grundhaltung, zum anderen bildeten sich unabhängige Nichtregierungsorganisationen aufgrund konkreter politischer Anlässe. Die Initiative zur **Gründung der Selbsthilfe- und Basisorganisationen** der Armen ging in den meisten der evaluierten Fälle vor allem auf die Initiative der Advocacy-Organisationen zurück. Einige der Organisationen hatten von Beginn an eine klare politische Zielsetzung. Ihre Mitglieder hatten meistens selbst konkretes Unrecht erfahren und befanden sich in einer Situation der Machtlosigkeit. Eine andere Gruppe von Organisationen hatte ursprünglich vor allem die Verbesserung der eigenen Lebenssituation zum Ziel. Die Evaluierungen zeigen, dass die Organisationen mit einer politischen Zielsetzung stärker gefestigt und damit

auch gegen Strategien von Großgrundbesitzern oder Politikern widerstandsfähiger sind.

### Wirkungen

Alle Projekte bewirkten ein **stärkeres politisches Engagement der Armen** und ihrer Organisationen insbesondere auf der lokalen Ebene, meist bei der Erarbeitung lokaler Entwicklungspläne oder bei der Umsetzung einer Agrarreform. In Bolivien und den Philippinen gelang es den Basisorganisationen, eigene Repräsentanten in gewählten Organen der Lokalregierungen zu positionieren. Dies führte zu besseren Kontrollmöglichkeiten der Armen und zu mehr Transparenz bei der Regierung.

Auf nationaler Ebene versuchten die Partnerorganisationen über das Einbringen konkreter **Politikvorschläge oder auch Lobbying** insbesondere zur Umsetzung der Agrarreformen und der Menschenrechte die Politik zu beeinflussen. So wurden beispielsweise förderliche Umsetzungsbestimmungen für die Agrarreform auf den Philippinen erlassen, die häufig von Landbesitzern genutzte Schlupflöcher schlossen und so zu einer besseren Umsetzung der Reform im Interesse der Landlosen beitrugen. Eine andere Organisation griff lokale Fälle von Unrecht auf, verfolgte diese juristisch und erreichte Gerichtsurteile, die als **Modell** für viele andere Flächenumwandlungen im Rahmen der Agrarreform dienten. Für diese und andere Beispiele waren unterschiedliche Studien und eine Präsenz bei Informationsforen die Voraussetzung.

In fast allen Fällen erreichten die Förderorganisationen durch ihre Empowerment-Arbeit, dass die Armen und ihre Organisationen **mehr Einflussmöglichkeiten als Bürgerinnen und Bürger** bekamen. Die dadurch erreichten **materiellen Verbesserungen** reichen von einer finanziellen Förderung von Frauengruppen über Infrastrukturerstellung, landwirtschaftliche Förderung bis zu Bildungsmaßnahmen oder zur Einrichtung eines

Büros für Rechtsberatung durch die lokale Regierung. In den Philippinen konnten die projekt-durchführenden Organisationen nicht nur den Transfer von fast 5.000 Hektar Boden für Landlose erreichen, sondern auch, dass sich die auf nationaler Ebene verabschiedeten neuen Implementierungsgrundsätze bei der Agrarreform auf lokaler Ebene tatsächlich konkretisierten. Derartige Ergebnisse konnten beispielsweise im Kongo aufgrund der nach wie vor sehr ungünstigen Rahmenbedingungen noch nicht erzielt werden.

Eine beginnende **Verhaltensänderung bei Verwaltung und Politik** konnte nur in einigen Fällen, insbesondere auf den Philippinen, festgestellt werden. Dort sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen vielmehr aufgrund ihrer Arbeit und auch wegen ihres Drucks auf staatliche Stellen mit **Widerständen** konfrontiert, die sich in Missachtung, Blockaden und Manipulationen äußern. Darüber hinaus gibt es Beispiele, in denen Großgrundbesitzer körperliche und psychische Gewalt anwenden und beispielsweise die Ernte unbequemer Aktivisten zerstören oder Familienmitglieder behindern, schikanieren und bedrohen.

Die **Strategien**, mit denen die evaluierten Partner- und Basisorganisationen auf diese Widerstände der Entscheidungsträger und Eliten reagieren, sind Teil der Empowerment-Strategien insgesamt: Dialog und Verhandlung sowie friedliche Konfliktbearbeitung. Die Organisationen berufen sich auf ihre Rechte oder schalten Presse oder Polizei ein. Einige Organisationen berichten von mehrjähriger Beharrlichkeit, um ihre Interessen zu verfolgen und um ihre Rechte durchzusetzen.

Die **Breitenwirkung** der evaluierten Projekte war sehr unterschiedlich. Bei einem Beispiel in Bolivien konnten lokale Empowerment-Prozesse auch auf die regionale und nationale Ebene übertragen werden. Auf den Philippinen erzielten die Aktivitäten im Rahmen der Agrarreform mehr

Breitenwirkung über die eigentlichen Interventionsgebiete der Projekte hinaus, als dies im Bereich der Beteiligung an lokalen Entwicklungsplänen gelang. Hier waren, wie in Bolivien, die Wirkungen meist auf die betroffenen Gemeinden beschränkt.

Eine wesentliche durch die Projekte erreichte Wirkung war, dass ein neuer **sozialer und politischer Akteur in Form der organisierten Armen** entstand. Ihr Selbstbewusstsein wurde deutlich gestärkt und sie entwickelten ein neues Rollenbild, in dem sie als Subjekt an Entscheidungen mitwirkten und nicht mehr Opfer von Entscheidungen anderer waren. Dies hat insbesondere für Frauen eine herausragende Bedeutung, nicht nur wegen der größeren Veränderung, sondern da mit einer neuen Fremdwahrnehmung ein höherer Status in der Gesellschaft einhergeht. Dafür waren vor allem die eigenen Aktivitäten der Armen und ihrer Basisorganisationen verantwortlich. Aufgrund der Stärkung ihres **Organisations- und Vernetzungsgrades** durch die Partnerorganisationen der Zentralstellen konnten sie sich gegenüber staatlichen Stellen, aber auch in der Gesellschaft, eine „**Stimme**“ verschaffen.

### **Nachhaltigkeit**

Die Nachhaltigkeit dieser Erfolge ist jedoch in vielen Fällen noch gefährdet. So bleibt beispielsweise eine Beteiligung der Armen an der Entwicklungsplanung unvollständig, wenn, wie oft der Fall, effektive Kontrollmechanismen fehlen oder die Basisorganisationen nicht die Fähigkeiten besitzen, diese Kontrollfunktion wahrzunehmen. Auch sind deren Interessen häufig eher auf konkrete Förderprojekte und materielle Vorteile ausgerichtet als auf die Institutionalisierung und Absicherung der Beteiligungsmechanismen. Zudem können veränderte politische Bedingungen auf nationaler oder lokaler Ebene das erreichte Niveau von Beteiligung wieder in Frage stellen.

Im Kontext der Agrarreformen in Bolivien und Philippinen wurde deutlich, dass ein Zugang zu Land und Landbesitz durch Kleinbäuerinnen und -bauern noch lange nicht hinreichend für eine nachhaltige ländliche Entwicklung ist. Aufgrund der Notwendigkeit, Kredite aufzunehmen und Produkte zu vermarkten, besteht die Gefahr, dass die neuen Landbesitzer wieder von lokalen Eliten abhängig werden – nicht von Großgrundbesitzern, sondern von lokalen Händlern und Kreditgebern.

Insgesamt wurde deutlich, dass es nicht ausreicht, die rein materielle Allokation von Ressourcen zu betrachten, sondern vielmehr auch die Fähigkeiten der Armen in den Blick zu nehmen, die Entscheidungsmechanismen über den Allokationsprozess selbst zu beeinflussen. Es geht um Macht und institutionalisierte Partizipation. Die Prozesse, Strukturen und Machtverhältnisse, die zur weiteren Verarmung der Armen und zur Bereicherung der Reichen führen, müssen dabei berücksichtigt werden.

Am nachhaltigsten waren die Wirkungen auf der **Ebene der Zielgruppen**, vor allem was deren Fähigkeiten und psychische Veränderungen (zum Beispiel erhöhtes Selbstbewusstsein) betrifft.

In der **Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen** nahmen die Partnerorganisationen der Zentralstellen unterschiedliche **Rollen** ein. Meist basierte die Zusammenarbeit auf einem Planungsprozess, in dem die Basisorganisationen zumindest konsultiert wurden, zum Teil auch direkt mitwirkten. Später übernahmen die Advocacy-Organisationen diese Rolle. Nicht immer ist es den Basisorganisationen gelungen, unabhängig von den Partnerorganisationen werden. Teilweise fehlten hierfür auch entsprechende Strategien.

### **Erfolgs- und Einflussfaktoren**

Empowerment muss an vielen unterschiedlichen Stellen ansetzen. Als erstes müssen die Ziel-

gruppen ihre Rechte kennenlernen und erfahren, mit welchen Verfahren sie diese umsetzen können. Eine wichtige Rolle spielen dabei **Allianzen mit anderen nicht-staatlichen Akteuren** auf unterschiedlichen Ebenen. Dies sichert der Zielgruppe einen Zugang zu Informationen und den Lernerfahrungen anderer Akteure. Durch die größere Anzahl der beteiligten Personen kann die Macht der Organisationen sichtlich gestärkt werden. Die Allianzen bieten außerdem Rücken- deckung in Konfliktfällen, ein Gefühl der Verbundenheit, Selbstvertrauen, Hoffnung und Motivation.

Zentral ist auch die **Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren** auf allen Ebenen, da diese in der Regel bestimmen, inwieweit tatsächlich Möglichkeiten der politischen Mitwirkung bestehen. Dabei hat sich ein kritisch-konstruktiver Dialog mit staatlichen Stellen als hilfreich erwiesen ebenso wie die Strategie, die eigene Position klar zu formulieren und hart, aber respektvoll zu vertreten.

## **3. Empfehlungen**

### **Allgemeines**

Empowerment und die Unterstützung gesellschaftlicher Prozesse der Armutsbekämpfung „von unten“ bringen Konflikte mit sich, da sie gesellschaftliche Machtverhältnisse verschieben. Die projektdurchführenden Organisationen sollten sich darauf vorbereiten und angemessene, **gewaltlose Strategien** entwerfen, um den Widerständen und Blockaden entgegenzutreten.

Die Advocacy-Organisationen und die Zentralstellen sollten bei der Konzeption und der Durchführung von Empowerment-Projekten darauf achten, dass diese nicht nur auf Reallokationsprozesse ausgerichtet sind, sondern auch (wenn auch langfristig) auf die **Beeinflussung von Mechanismen und Machtstrukturen**.

Um glaubwürdig und erfolgreich das Empowerment der Armen zu fördern, müssen sich die Advocacy-Organisationen selbst als **politische Akteure** verstehen und fundiert Position beziehen können. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf parteipolitische Unabhängigkeit gelegt werden, um zu verhindern, dass die Zusammenarbeit mit Basisorganisationen von Politikern instrumentalisiert wird. Ein Mindestmaß an anerkannter Glaubwürdigkeit ist ebenso notwendig. Diese kann nur über Expertise erworben werden.

Für die Durchführung von Empowerment-Projekten hat sich gezeigt, dass die Advocacy-Organisationen ein Selbstverständnis besitzen und einen Ansatz verfolgen müssen, der sich **deutlich von karitativen, assistenzialistischen und paternalistischen Ansätzen abgrenzt**, um von Beginn an auf die Unabhängigkeit der Basisorganisationen hinzuarbeiten.

Empowerment-Programme finden in einem Kontext von sich dynamisch verändernden gesellschaftlichen Gegebenheiten statt und sollen selbst zu Veränderungen beitragen. Die Advocacy-Organisationen sollten ihre Erfahrungen sowie die Veränderungen im Projektumfeld möglichst zeitnah auswerten (**Monitoring**), um sie für die Anpassung ihrer Interventionsstrategien zu nutzen. Dabei sollten sie die Basisorganisationen und andere Kooperationspartner mit einbeziehen.

### **Vorbereitung und Planung von Empowerment-Projekten**

Die Zentralstellen sollten in ihrem Dialog mit den Advocacy-Organisationen darauf achten, dass die Konzeption der Projekte an konkreten Fragestellungen, Rechten und Möglichkeiten der Beteiligung für die Armen ansetzt, und dadurch das Projekt „geerdet“ ist. Erforderlich ist daher eine **Analyse von legalen Möglichkeiten** der Beteiligung. Bei der Nutzung dieser Möglichkeiten sollen fassbare Vorteile für die Armen entstehen.

Die durch Empowerment-Ansätze angestrebten Veränderungen betreffen zahlreiche Akteursgruppen, und die Projektdurchführung unterliegt dem Einfluss einer Vielzahl von Akteuren, deren Verhalten nicht vorhersehbar ist. Essenzieller Bestandteil der Projektvorbereitung ist deshalb auch eine **Akteursanalyse**. Sie sollte mindestens Interessen, Handlungsspielräume sowie Allianzen beinhalten. Das Thema „Macht“ und die Quellen von Macht sollten möglichst explizit thematisiert werden. Eine gemeinsame, klare Zielformulierung mit Armuts- und Genderorientierung sollte ebenso erfolgen.

### **Wesentliche Elemente von Empowerment-Strategien**

Empowerment-Ansätze müssen aus einer Kombination folgender Leistungspakete bestehen:

1. Vermittlung von Wissen und Informationen,
2. Stärkung des Organisationsgrades der Armen und ihrer Zusammenschlüsse,
3. Begleitung von Qualifizierungsprozessen und der
4. Förderung der Vernetzung und der Unabhängigkeit der Basisorganisationen.

Die Advocacy-Organisationen sollten die Basisgruppen darin unterstützen, bestehende und gesetzlich verankerte politische Partizipationsräume insbesondere auf lokaler Ebene zu nutzen. Bei der Vernetzung sollten auch die (lokalen) Medien eine Rolle spielen, um die Öffentlichkeit zu informieren und Druck zu erzeugen.

Empowerment-Strategien erfordern ein flexibles Vorgehen und einen klaren Rahmen für die konkreten Maßnahmen. Eine explizite Strategie sollten die Advocacy-Organisationen gegenüber staatlichen Stellen entwickeln und dabei die lokale, regionale und nationale Ebene unterschei-

den. Dialogorientierte Formen der Zusammenarbeit haben sich bewährt, um reformfreundliche Kräfte in staatlichen Organisationen und Parlamenten zu stärken und deren Einfluss zu nutzen.

### Empfehlungen für die Zentralstellen

Die Zentralstellen sollten ihre Einflussmöglichkeiten bei den Partnerorganisationen aktiv nutzen, um Lernerfahrungen und gute Praktiken in die Konzeption und die Durchführung von Empowerment-Projekten einzubringen. Dabei sollten insbesondere zu folgenden Punkten Überlegungen bei den Partnerorganisationen angestoßen werden:

1. Beschreibung der Zielsetzung als Veränderung,
2. Berücksichtigung von Genderfragen,
3. Akteursanalyse,
4. Berücksichtigung der Machtfrage bei der Analyse der Situation und
5. Entwicklung der Projektstrategie.

Durch die Vorgabe, **Wirkungen regelmäßig zu beobachten**, sollte ferner sichergestellt werden, dass Erfahrungen aus der Projektdurchführung möglichst zeitnah genutzt werden. Da Empowerment-Prozesse sich nicht genau planen lassen und eines längeren Engagements als eine dreijährige Projektdauer bedürfen, sollten die Zentralstellen prüfen, inwieweit sie auch **langfristige Vereinbarungen** mit den Partnerorganisationen eingehen können, auch wenn diese keinen verbindlichen Charakter haben können. Der darin beschriebene Rahmen für das gemeinsame Engagement mit der Festlegung längerfristiger Ziele kann die gegenseitigen Erwartungen transparenter machen, als wichtige Orientierung für die kürzeren Projektphasen dienen und kann dazu beitragen, die einzelnen Meilensteine der

Veränderung (die Projektziele) klarer und realistischer zu formulieren. Gleichzeitig könnte im Rahmen dieser längerfristigen Vereinbarung ein Dialog über Werte und Visionen stattfinden, der die Basis der Zusammenarbeit stärkt.

Die Zentralstellen sollten über die Projektvereinbarungen den Partnerorganisationen ein Höchstmaß an **Flexibilität** in der Auswahl und Umsetzung von Maßnahmen ermöglichen, um den Ansprüchen von Empowerment-Ansätzen gerecht zu werden. Die Zentralstellen sollten (mit dem BMZ) prüfen, inwieweit sich der gegenwärtige Finanzierungsmechanismus an diese Anforderungen anpassen lässt.

Die Zentralstellen sollten sich stark in (auch gemeinsamen) **Advocacy-Prozessen** engagieren, um Positionen und Interessen der Armen in die internationale Diskussion einzubringen und die Rahmenbedingungen als wichtigen Erfolgsfaktor für Empowerment-Projekte möglichst günstig zu beeinflussen.

### Empfehlungen für das BMZ

Es ist wichtig, dass das BMZ die vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit mit den Zentralstellen fortführt. Aufgrund der großen Bedeutung der Rahmenbedingungen für den Erfolg von Empowerment sollte sich das BMZ im **Politikdialog** mit den Partnerregierungen dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten der Mitwirkung von Armen und ihren Vertretern an Entscheidungen erweitert, mindestens jedoch die gesetzlich vorgeschriebenen Möglichkeiten auf allen Ebenen auch tatsächlich gewährt werden.

Das BMZ sollte daher prüfen, ob und inwieweit die Ergebnisse der Serienevaluierung auch für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit relevant sind. Insbesondere die gewichtige **Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure** in Demokratisierungsprozessen wurde durch die Serienevaluierung deutlich.



### **Fachliche Stellungnahme des BMZ**

Sowohl die abgeleiteten Schlussfolgerungen als auch die Empfehlungen an Partnerorganisationen, kirchliche Zentralstellen und das BMZ sind überwiegend gut nachvollziehbar und führen relevante Aspekte komprimiert zusammen, bringen jedoch keine grundlegend neuen und innovativen Erkenntnisse hervor. Vorschlägen, z.B. bei der Konzeption bereits auf konkrete Fragestellungen hin und strategisch zielorientiert zu planen, zuvor eine gründliche Analyse der involvierten Akteure durchzuführen, die Machtverhältnisse zu thematisieren und insbesondere ein ausreichendes Maß an Flexibilität in der Projektimplementierung zu wahren, kann grundsätzlich gefolgt werden.

Eine Notwendigkeit, die Verfahren der Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen anzupassen, wird allerdings nicht gesehen, da den kirchlichen Zentralstellen bereits weitgehende Autonomie bei der Auswahl und Gestaltung der Projekte sowie bei den Kooperationen mit ihren Partnern eingeräumt wird und auch ausreichende Spielräume für notwendige Anpassungen im Projektverlauf bereits bestehen.

## Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

### Dienstsitz Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 35 00

### Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 25 01

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

### Redaktion

Rita Walraf

*Referat Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit; Außenrevision*

Jutta Wagner

*Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit*

### Verantwortlich

Michaela Zintl

*Referat Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit; Außenrevision*

Klaus Krämer

*Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit*

### Gestaltung

Typo-Druck GmbH, Bonn

### Stand

Februar 2009

